

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 83 und 151

Postfachkonto Nr. 5296

Scheidt-Hamover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 243.

Herford, Freitag, den 15. Oktober 1920

38. Jahrgang.

Reichstag und Reichsregierung.

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Nach längeren Sommerferien tritt nächsten Dienstag der Deutsche Reichstag wieder zusammen. Ein Blick in die Schwierigkeiten der auswärtigen Politik, in die unruhigen innerpolitischen und die Beforgnis erregenden wirtschaftspolitischen Verhältnisse genügt, um davon zu überzeugen, daß es zahlreiche und bedeutende Aufgaben sind, die der Volksvertretung in den nächsten Wintermonaten harren. Der Parlamentarier steht die gesetzgeberischen Arbeiten auch schon im einzelnen vor sich. Die Beratung des Haushaltsplanes mit ausgedehnten Verhandlungen über die Finanznot des Reiches, einige kleine Steuervorlagen, darunter das Wohnungsgesetz, zahlreiche sozialpolitische Gesetzgebungen, unter denen von den Demokraten am meisten Gewicht auf die endliche Einbringung eines Schlichtungsgesetzes gelegt wird, ferner das angekündigte Sozialversicherungs-Gesetz, Novellen zur Reichsversicherungsordnung, zum Betriebsrätegesetz u. a.

Aber so bedeutsam auch alle diese Arbeiten sein mögen und so tief die neuen Gesetze wieder in das Wirtschaftsleben der Nation einschneiden werden: Das Hauptinteresse des deutschen Volkes konzentriert sich diesmal beim Wiederzusammentritt des Reichstages weniger auf ihn selbst als auf die Regierung. Sie muß nun wieder stärker in der Öffentlichkeit hervortreten. Das Kabinett Heinenbach hat bisher gewissermaßen Schonzeit genossen. Nach den aufregenden Tagen von Spa, traten bald die Parlamentarier ein. Wenn diese auch nicht, wie in früheren besseren Zeiten, politisch tot oder doch still waren, so hatten immerhin die Minister noch keine Gelegenheit, zu zeigen, was sie positiv schaffen können und wollen. Das wird jetzt anders werden. Der Reichstag wird sie nötigen, aus ihrer Zurückhaltung hervorzutreten und positiv zu sagen, was sie tun wollen.

Eines ist es vor allem, was vom Reichskanzler Heinenbach und seinem Kabinett erwartet wird: Das deutsche Volk in allen seinen Schichtungen und Parteien will einmütig, daß sich die Regierung tatkräftig und stark erweise, daß sie nicht nur durch Worte, sondern durch energisches Handeln die gesunkene Staatsautorität wieder aufreichte und daß sie klar erkennen läßt, was sie eigentlich will.

Im September hat das Kabinett bereits einen Anlauf dazu genommen. Es wurde amtlich mitgeteilt, daß die Regierung ein Programm ausarbeitet, mit ihm vor den Reichstag treten und unbekümmert um die Haltung der Oppositionsparteien dieses einmal für richtig erkannte Programm durchführen werde. Inzwischen hat man von der Sache nichts weiter gehört, als daß dem Reichsfinanzminister weitreichende Vollmachten erteilt worden seien. Aber schon der Reichskommissar Dr. Carl, der ihm beigegeben worden ist, scheint in seiner Stellung nicht die diktatorischen Befugnisse erhalten zu haben, die ihn in den Stand setzen, die dringend notwendige Ersparnisaktion in den Reichsämtern durchzuführen und die Verwaltung von den kostspieligen überflüssigen Kräften zu befreien. Sollte es

Das Neueste vom Tage.

Im Reichskohlenrat beschloß man die Bildung einer fünfzehngliedrigen Kommission, der Bergwerksdirektoren, Verbraucher und Arbeitnehmer angehören sollen, zur Prüfung der Sozialisierung.

Der Antrag der bayerischen Sozialdemokraten im Staatshaushaltsausschuß, das Staatsministerium des Meßern zum 1. Januar aufzuheben, wurde abgelehnt.

Gegen die Ablieferung der Dieselmotoren an die Entente protestiert auch der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft.

Der deutsch-ungarische Handelsvertrag hatte das Ergebnis, daß Deutschland sich zur Uebernahme des ungarischen Ernteüberschusses gegen Markauszahlung bereit erklärt.

Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe hat sein Ende erreicht. Gestern wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Dem russischen Vertreter auf dem Parteitag der U. S. P. in Halle ist die Aufenthaltserlaubnis bis zum Eintreffen des italienischen Bescheides verlängert worden.

Zur Beilegung des sächsischen Gemeindegewerksstreiks sind neue Verhandlungen in die Wege geleitet.

Am 20. Oktober eröffnen die bayerischen Kumpferwerke mit drei Flugzeugen den Luftverkehr München-Wien.

auf diesem wichtigsten Gebiet der inneren Politik bei einem Anlauf der Reichsregierung geblieben sein, darüber muß bald Aufklärung geschaffen werden.

Neuerdings gehört doch wohl zur Energie des Handels auch rasches Handeln. Man muß deshalb erwarten, daß gleich in den ersten Tagen der nächsten Woche die Reichsregierung Gelegenheit nimmt, das versprochene Programm vor aller Öffentlichkeit darzulegen. Es wird dann Sache der Parteien sein, Stellung dazu zu nehmen.

Die demokratische Reichstagsfraktion ist sich schon auf ihrer Ulmer Ferien-tagung darüber einig geworden, daß sie ein entschlossenes Programm der Regierung begrüßen wird, das endlich ernst mit der Ordnung der Finanzen macht, die großen direkten Steuern schnell einzieht, das Sozialisierungsproblem unabhängig von den undurchführbaren Vorschlägen der Sozialisierungskommission zu lösen versucht, die Zwangswirtschaft und die Kriegesgesellschaften energisch abbaut und mit allen Mitteln die Regierungsautorität wieder herstellt. Die demokratische Reichstagsfraktion ist nicht der Ansicht, daß, wenn dies geschieht, die Basis der jetzigen Reichsregierung zu schmal oder, daß dieser oder jener Minister überständig geworden sei. Sie verlangt nur eins, daß nämlich die Regierung das tut, was ihres Amtes ist.

daß sie willensstark regiert. Mögen dann die Parteien der Rechten und der Linken dieser Regierung das Leben schwer machen, mögen sie die ungeheure Verantwortung übernehmen, sie zu stürzen: Ein neuer Reichstagswahlkampf, wenn er unvermeidlich sein sollte, wird mit einem guten, tatkräftig vertretenen Regierungsprogramm dann zur Gesundung der politischen Verhältnisse wesentlich beitragen.

Ausrufung einer Monarchie in China?

Haag, 14. Okt. Nach einer Meldung der United Press aus Shanghai gelang es den Führern der südkinesischen Truppen, die republikanische Regierung in Peking zu zwingen und die Monarchie auszurufen. Der frühere Kronprinz soll zum Kaiser ausgerufen worden sein.

Ob die Meldung begründet ist, läßt sich zunächst nicht nachprüfen. So viel ist aber sicher, daß die Verhältnisse in China äußerst verworren sind. Nach den letzten Nachrichten hatte sich in Süd-China Anfang September eine Republik gebildet, die von der sogenannten „Kanton-Gruppe“, d. h. den in Kanton besonders stark vertretenen Gegnern der Peking Nordrepublik, ausgerufen wurde. Mit ihnen war die japanfreundliche „Anfu-Partei“ verbündet. Es ist nun anzunehmen, daß die Süd-Chinesen jetzt monarchische Ziele verfolgt haben. Renner Chinas haben schon immer behauptet, daß die Männer, die in China die Macht in Händen hatten, im Grunde sich als „kaiserliche Generale“ fühlten und nicht als strenge Republikaner. Wahrscheinlich steht Japan den monarchischen Bestrebungen der Süd-Chinesen nicht fern. Man wird abwarten müssen, ob der gemeldete Erfolg der Kaiserpartei von Dauer sein wird.

Ueber den als Kaiser in Frage kommenden früheren chinesischen Thronerben ist folgendes mitzuteilen: Im Jahre 1908 bestieg Pu-hi, der Sohn des „Sümpfprinzen“ Tschun, des Bruders des Kaisers Kwangsi, nach dem Tode der Kaiserin Tzu-hsi, den Thron. Er war damals ganze zwei Jahre alt; drei Jahre später ging er durch die Revolution von 1911 des Thrones verlustig, und jetzt zählt er vierzehn Jahre. Er wurde mit der in Amerika erzogenen Tochter des Reichspräsidenten Gii verlobt, die er bisher noch nie zu Gesicht bekommen hatte. Man sieht schon aus dieser Verlobung, daß bei den Chinesen eine so strenge Scheidung zwischen Monarchisten und Republikanern nicht besteht wie bei uns.

Stickstoff-Monopol?

mit. Kassel, 14. Okt. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag heute der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Otto Braun zur Begründung eines Antrages auf strenge Ueberleitung der Fabrikation der künstlichen Düngemittel aus privatkapitalistischem Besitz in den Dienst der Allgemeinheit eine längere Rede, in deren Verlauf er sagte:

„Unter keiner vollen Verantwortung müßte er bemerken, es sei der Fall, daß in der Abteilung des Reichsministeriums, die die

Weltanschauungskämpfe der Gegenwart.

Professor Gramzow im Gewerbeverein.

Je weiter die Kultur fortschreitet, desto heftiger werden die Kämpfe um die Weltanschauung. Die Weltanschauung ist etwas Notwendiges für jede Persönlichkeit, welche hierdurch erst vollständig wird. Die Anschauung legt sich in der Praxis in Handeln um, sie wird letzten Endes Zweck der Selbsterhaltung. So entstehen Kämpfe, die sich besonders in unserem Zeitalter der Gährung fühlbar zeigen. Einer Weltanschauung gestellt sich in allen Fällen eine gegenteilige hinzu. Da steht zuerst der Glaube gegen das Wissen, der Glaube als Ausfluß des Gemütes, ein Ueberzeugtsein von Unbewiesenem und Unbeweisbarem, das Wissen ein Festhalten an den erkennbaren ewigen Naturgesetzen. Man kann keinem von beiden ganz zustimmen, kann auch keines verwerfen.

Weltlich steht Idealismus und Realismus zueinander. Ein Ideal entspringt aus einem Gemütsbedürfnis und stellt ein Bild dar, das sich über die Welt erhebt und niemals zur Wirklichkeit werden kann. Besonders begeistert sich die Jugend schnell und heiß für solche Vorstellungen. Der Realist handelt anders. Nichtern betrachtet er das Weltgetriebe, zieht daraus seine Schlüsse und stellt danach sein Streben ein. Paaren sich Idealismus und Realismus aber im rechten Verhältnis, so gibt es eine wirklich har-

monische Lebens- und Weltanschauung. Häufig verfällt der Realist in Pessimismus, eine Stimmung, die vornehmlich in Zeiten eines Niedergangs des Lebens aufkommt.

So entstand nach der erfolglosen Revolution um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Schopenhauers Philosophie, die als Schöpfer der Welt den „blinden Willen“ bezeichnete und demnach das ganze Leben für zwecklos hielt. Schwarzflehertisch war auch Hartmanns Lehre, wenn auch in etwas gemildelter Form.

Bei weitem überwiegt aber bei den Menschen die Stimmung des Optimismus. Das Widerwärtige verflucht oft in Vergessenheit, das Frohe hat in der Erinnerung bleibende Statt. Optimismus erfüllt mit Lebenshoffnung. Pessimismus ist ein Zeichen der Schwäche und richtet den Menschen zugrunde.

Zwei große Gegensätze, die uralte Bestandteile des Geisteslebens sind, spielen heute, besonders im politischen Leben, eine bedeutende Rolle: Nationalismus und Internationalismus. Nationalismus, die hingebungsvolle Liebe zum Mutterlande und zum eigenen Volksgenossen, hat insonderheit den heutigen Großmächten zu ihrer Blüte geholfen. Internationalismus aber hat sich trotz seiner hohen Bestrebungen nach Völkerverständigung und allgemeiner Menschenliebe — wir finden ihn im Ur-Christentum und in dem Kosmopolitismus der klassischen Zeit (Schiller) — als undurchführbar erwiesen.

Schließlich tobt zu allen Zeiten, vor allem heute, der Weltanschauungskampf zwischen Individualismus und Sozialismus. Ersterer stellt im Großen und

Ganzen das Streben nach persönlicher Freiheit dar, kann aber leicht in krankhaften Egoismus, letzten Endes in Anarchismus ausarten. Demgegenüber steht der Sozialismus, der die allgemeine Gleichheit aller Menschen predigt. Diese Lehre trägt aber den Keim ihres Zerfalls in sich selbst; bisher hat sie sich stets als undurchführbar erwiesen. Sie wird sich auch nie durchsetzen können, obwohl die verteilten Ansichten manchen hinreizen können, weil eben die Menschen einander nicht gleichen und auch nie gleichen werden.

Wie wir auch unsere Lebensanschauung bilden, das Paradies wird uns auf dieser Welt nicht beschieden sein, vielleicht und hoffentlich später. Doch das Leben und Streben nach einer Weltanschauung ist der höchste Reiz und das schönste Glück unseres Lebens. Diese Gedanken etwa entwickelte gestern Abend im Gewerbeverein Herr Prof. Gramzow in einem vortrefflichen Vortrage seinen Hörern.

Wenn man auch dem Redner in seinen Folgerungen im allgemeinen Recht geben muß, ist es doch notwendig, zu bemerken, daß er im Gegensatz zu allen anderen Richtungen dem Internationalismus und dem Sozialismus allzu scharf zu Leibe ging und nicht immer gerecht in seinem Urteil darüber war. Die denkenden Köpfe dieser Richtungen haben sich ihre Ueberzeugung erkämpft wie alle Menschen mit Lebensinhalt, und sie vertreten ihre Gedanken nicht nur aus Bosheit ihren Mitmenschen gegenüber, sondern sind Apostel der Idee ebenso gut wie die Prediger anderer Weltanschauungen.

B.

er am 19.

s uns heute das
und das Herr
Verfügung stel-
der Planwirt-
nicht als Kapita-
te. Der Streit
streiten, er
in Militär-
tag in Kassel
Leichwehmini-
ihm vor, daß
in den Gän-
tionären Offi-
zeichnet seine
icher Bemänge-
elmehr aus der
s, was Militär-
emokratie von
s Militär, der
Voraussetzungen
andere die ver-
sind nun aber
eratischen Par-
teteit geteilt wer-
Prüfung kon-
t gegen die
ich nicht daran,
egenschaft zu
ensberg.
r. 151.
5. Oktober
kt.
er ist eine we-
Westfalen und
ochten größere
mangriffnahme
zu erhalten.
nzt gemeldet.
vorübergehende
ter rege Nach-
chen, während
Der Bedarf an
auch in dieser
gebracht. In-
konnte der Be-
ohne weiteres
und Erden
und Erdarbei-
unangünstigen
Preissturz be-
auf Lager an-
ie Lage weiter
der Metall-
nen Teil der
ndere Werke.
Rohlenmangel.
hat infolge
kleinem Um-
Bei der Firma
wegen Man-
Es steht jedoch
tag an wieder
Möbelbranche
brauche keinen
will reisen, und
at der Baronin
angen goldenen
a, Klementine!
unterwegs ver-
s würde unsere
? — Sie hat
gehangen."
Gesicht der Bo-
das Kreuz an
n Raden fester
equenem Schaf-
fächer, sich nach
oll folglich die
amell, um die
"Ich komme
heute habe ich
d tüchtig lüften
r die Baronin
ährend meiner
mader betrete
inem Eigentum

Eine wesentliche Besserung zeigt die Arbeitsmarktlage in der Zigarrenindustrie.

Im Baugewerbe ist eine lebhaftere Nachfrage nach gelernten Bauhandwerkern zu beobachten. Der Bedarf konnte teilweise nicht gedeckt werden.

Im Handelsgewerbe ist die Lage nach wie vor ungünstig. Durch die am 1. Oktober d. Js. von den Abwicklungsstellen zur Entlassung gekommenen Angestellten ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitslage zu erwarten.

Die Beamten des Reichswassererschutzes sind vom Regierungspräsidenten in Minden zu Hilfsfischereiausschüßern für ihren Dienstbereich innerhalb des Regierungsbezirks Minden ernannt.

Steuerabzug. Das Finanzamt hier schreibt uns: Die zahlreichen beim Finanzamt eingehenden Anträge auf Freilassung bestimmter Teile des Einkommens vom Lohnabzug geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß in vielen Fällen trotz des Steuerabzugs vom Arbeitslohn nach erfolgter endgültiger Veranlagung Nachzahlungen zu leisten sein werden. Bei der endgültigen Veranlagung für das Steuerjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) wird das Einkommen des Kalenderjahres 1920 zu Grunde gelegt. Da der Lohnabzug erst am 25. Juni 1920 in Kraft getreten ist, also nicht das ganze Steuerjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921), sondern nur etwa 3/4 dieses Steuerjahres erfasst, so werden vom Jahreseinkommen nicht 10 Prozent, sondern nur etwa 7,5 Prozent durch Lohnabzug herangezogen. Wenn auch das Einkommen der meisten Steuerpflichtigen, die dem Lohnabzug unterliegen, nach dem 25. Juni 1920 durchweg höher gewesen ist, als in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 25. Juni 1920 und sich infolgedessen der 3/4-jährige Lohnabzug dem 10prozentigen Betrage des Einkommens im Kalenderjahr 1920 nähert, so wird doch in vielen Fällen der Abzug nicht ausreichen, um die endgültige Einkommensteuer zu decken. Mit Rücksicht hierauf liegt es keineswegs im Interesse der einzelnen Gehalts- und Lohnempfänger, wenn diese durch alle möglichen Einwendungen den Lohnabzug herabzusetzen versuchen. Die vom Reichsfinanzminister zugelassenen Milderungen gehen teilweise schon über das hinaus, was bei der endgültigen Veranlagung zum Abzuge zugelassen ist. Es kann daher jedem dem Lohnabzuge unterliegenden Steuerpflichtigen nur empfohlen werden, jetzt schon für die endgültige Abrechnung der Einkommensteuer am Schlusse des Steuerjahres 1920 sich einen bestimmten Geldbetrag zurückzulegen, damit ihm im nächsten Jahre keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Vanzahlung der nicht durch Steuerabzug jetzt bereits einbehaltenen Beträge entstehen.

Verkauf von Heiders Turnhalle. Die altbekannte Gastwirtschaft Heiders Turnhalle ist für den Preis von etwa 160 000 M in den Besitz des Fabrikanten Wittenborg hier übergegangen, der die Gebäulichkeiten niederlegen will. Für das Stadtbild wäre das ein erfreulicher Fortschritt, der besonders dem Rathaus und der Münsterkirche zugute käme.

Entseffung des Tabakhandels. Der Großhandel mit Tabakwaren (Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak, Rahtabak und Schnupftabak) ist nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betrieb dieses Handels erteilt worden ist. Der preussische Handelsminister hat nun vor einiger Zeit die Regierungspräsidenten zu einer Neuprüfung aufgefordert, ob nicht der Zeitpunkt gekommen wäre, den Erlaubniszwang für den Tabakhandel aufzuheben. Diese haben sich fast einstimmig für baldigste Abschaffung der besonderen Handelsereulaußnisse ausgesprochen. Der Handelsminister hat sich daher mit einer entsprechenden Anregung an den Reichswirtschaftsminister gewandt.

Opfer der Maul- und Klauenseuche in Westfalen. In welchem Umfange die Maul- und Klauenseuche in diesem Jahre in der Provinz Westfalen gewirkt hat, darüber geben die folgenden Zahlen Zeugnis. Seit dem 1. April d. Js. sind an Rindvieh gefallen in den Kreisen Ahaus 250, Beckum 288, Bielefeld 402, Bielefeld 279, Bielefeld 248, Metkebe 133, Jesterloh und Sipstadt je 100 Stück. Insgesamt handelt es sich um 3400 Tiere, die der Seuche bisher erlegen sind. An Entschädigung sind bisher in 1500 Fällen über vier Millionen Mark gezahlt worden.

Beim Zauberer Rabero. Ein Szenenmeister stand gestern abend im Schützenhof auf der Bühne. Da er es aber verstand, seine Zauberkunst in ein sehr anmutiges und freundliches Gewand zu kleiden, unterhielten sich die Zuschauer aufs köstlichste dabei. Auf dem Gebiete der Gedankenübertragung sind heute Lieberabzählungen schon selten. Rabero brachte solche gestern abend. Er hat eine geradezu erstaunliche Gabe der Willenslenkung, die besonders auffällig wirkt in den Fällen, wo jede körperliche Berührung fehlt. Das Kabinettstück der Vorführungen war der Versuch eines Phantasie-Experimentes, das glänzend gelang. Aus einem harmlosen, etwa 18-jährigen Burschen machte Rabero nach einer Reihe anderer Verwandlungen schließlich den Wohnungsminister Krause, der nach Herford gekommen war, das Wohnungsproblem zu lösen. Er stellte sich seinen stolzen Mitbürgern nach 50-jähriger Abwesenheit mit einer feurigen Ansprache vor und führte sich so sicher als Wohnungsminister aus Berlin, daß er aufs höchste erkannt war, seine Frau plötzlich inmitten seiner Zuhörer zu entdecken. Da, ein Zursor Raberos, und mit Krauses Ministerherrlichkeit war es vorbei. Leider auch mit den Vorführungen, für welche das Publikum herzlich dankte.

Der Ob- und Gartenbauverein hält morgen abend im Gv. Vereinshaus eine Versammlung ab.

Zwei humoristische Abende veranstalten am Sonntag und Montag im Schützenhof Wilh. Chles Konzertfänger aus Leipzig.

Amt Herford-Biddenhausen.

Er. Eberdissen, 14. Okt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde heute vor dem Schwurgericht zu Bielefeld gegen den 56 Jahre alten Wertheimer Hermann R. von hier verhandelt. Es handelt sich um ein Sittlichkeitsverbrechen, das er am 19. Februar d. Js. an einer Geisteskranken verübt

haben soll. Die Verhandlung wurde auf Antrag des Verteidigers noch in später Abendstunde bis Montag nachmittag um 3 Uhr vertagt.

Amt Spenge.

Spenge, 14. Okt. Am Montag abend haben Diebe dem Kolon H. Spenge-Nord, einen Koffer aus der Kammer geholt, diesen im Garten aufgebroschen, den Inhalt mitgenommen und den leeren Koffer stehen gelassen. Gegen 9 1/4 Uhr abends, als der alte H. Geld aus dem Koffer holen wollte, um mit einer Person abzurechnen, wurde der Diebstahl entdeckt. Den Dieben sind große Summen Geldes in die Hände gefallen.

Amt Bielefeld.

Bielefeld, 13. Okt. Die Holzflöherei auf der Weser die lange Zeit ruhte, beginnt sich wieder zu heben. In dem eine kurze Strecke unterhalb des Zusammenflusses von Weser und Fulda gelegenen Weesendorfer Gmte werden die auf der Weser angekommenen kleinen Flöße zu größeren zusammengefaßt oder letztere auch aus den aus den nahen Wäldern angefahrenen Baumstämmen hergerichtet und durch stromtunliche Flöße stromab gebracht. Neuerdings werden von den Flößern wieder nach mehr als zehn Jahre langer Unterbrechung von Weesendorfen aus Längschiffe (Töps, Schiffe, Kähle) mitgenommen, die in den stromab gelegenen Weesendorfen gerade in der jetzigen Zeit guten Absatz finden.

Bielefeld, 14. Okt. Zur Belebung der Bautätigkeit plant der Magistrat der Stadt Bielefeld die Bereitstellung von Krediten, und zwar derart, daß dem Bauherren eine Summe von 500 Mark pro Quadratmeter bis zum Höchstbetrage von 30 000 M für je ein Haus zur Verfügung gestellt wird. Die Hälfte dieser Summe ist mit 2 v. H. zu verzinsen und zu amortisieren; die andere Hälfte hofft die Stadt aus Reichsmitteln zurückzuerhalten. Es würden also dem Bauherren 30 000 M für jährlich 300 M Zinsen zur Verfügung stehen. Die Stadt denkt hierbei nicht an sogenannte kommunale Bauten, wie Reihenhäuser, Siedlungsanlagen oder dergleichen, sondern will die private Bautätigkeit durch diese Kreditbewilligung fördern.

Bielefeld, 14. Okt. Der Bielefelder Magistrat protestiert in einer Eingabe an das Reichsernährungsministerium gegen den Beschluß der Reichsgetreidestelle, vom 16. d. M. ab den Ausmahlungsatz bei Roggen und Weizen auf 85 v. H., bei Gerste auf 75 v. H. herabzusetzen. Nach den bisherigen Durchschnittsergebnissen entsprechen namentlich die Roggenmehle den ausmahlungsgebotenen Erwartungen. Dazu kommt, daß die Ablieferungen der Landwirte ganz unzureichend seien. Der Schleichhandel mit Getreide und Mehl blühe dagegen in einem noch nicht gekannten Maße. Es sei unverständlich, wie man angesichts der hohen Erfahrungen im Vorjahre es wagen könne, die ersparbaren knappen Brotgetreidevorräte durch Herabsetzung der Ausmahlung noch zu verkürzen. Sollte eine Wiederkehr der Missetände in der Brotversorgung mit ihren katastrophalen Folgen verhütet werden, so sei es erstes Gebot, die jetzige Ausmahlung beizubehalten. Statt die verringerte Ausmahlung durch eine 10prozentige Streckung des Brotes durch Maismehl auszugleichen, sei es richtiger, diese Maismengen statt der mehr anfallenden Getreidemehle an das Vieh zu verfüttern. Aus dem Brotgetreide müsse soviel Mehl als möglich für die Menschen herausgeholt werden, um den Brot zu vermeiden, das wie im Vorjahre mehr aus Ersatzstoffen als aus Brotgetreidemehl besteht. Schließlich verlangt die Eingabe, daß, wenn das Brot schon gestreckt werden müsse, dann diese Maßnahme nicht auf die städtischen Kommunalverbände beschränkt bleibe, sondern eine solche auch den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden auferlegt werde, welche dann die dadurch ersparten Getreidemengen an die Reichsgetreidestelle abzuliefern hätten, womit eine nicht unerhebliche Verstärkung der Brotgetreidevorräte für die Allgemeinvorsorgung verbunden sei.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Büren, 10. Okt. Am Mittwochabend sollte hier ein großes Lastauto angehalten und auf seinen Inhalt untersucht werden. Als der hier stationierte Landjäger das Auto anhalten wollte, versuchte dasselbe mit rasender Geschwindigkeit davon zu fahren, wobei die Insassen einige Säcke Hafer usw. auswarfen, um so die Aufmerksamkeit des Beamten auf diese zu lenken. Aber als das Auto in die Nähe der Bahnhofsstraße gelangte, wurde plötzlich die Barriere heruntergelassen und das Auto mußte wohl oder übel halten. Bei der nun stattgefundenen Untersuchung wurden u. a. Gewehre, Maschinengewehre usw. gefunden. Die Insassen selbst wurden in Haft genommen.

dd. Buer, 12. Okt. Der parlamentarische Unterausschuß zur Nachprüfung der Geschäftsergebnisse auf den staatlichen Gruben hat festgestellt, daß auf der Grube Schöben heillos mit dem Grubenholz gewirtschaftet worden ist. Mehrere Unternehmer, die den Staat durch Aushöhlungen geprellt haben, sind verurteilt worden, hunderttausende von Mark zurückzuerstatten. Auf allen staatlichen Zechen soll in der gleichen Weise vorgegangen werden.

Bielefeld, 13. Okt. Der erst 20 Jahre alte Schlachtereigefelle Hermann Dohlerich aus Knebeck (Kreis Jöhagen) hatte sich heute wegen Ermordung des Viehhändlers Hermann Steinfeld aus Helsen zu verantworten. Anfang Oktober 1919 hatte er bereits versucht, den Viehhändler Horwich aus Helsen und dann einen Viehhändler aus Hannover an einsame Stellen in der Nähe seines Wohnortes zu locken. Dies gelang ihm am 12. Oktober 1919 mit dem Viehhändler Steinfeld. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß Steinfeld eine größere Geldsumme bei sich trug, veranlaßte er ihn, am Abend mit ihm von Wahrenholz nach Schönböden, und zwar auf dem Bahndamm entlang zu gehen. Dort schlug er seinen Begleiter mit einem Schlagring nieder und beraubte ihn seiner Burschenschaft in Höhe von etwa 9000 Mark. Steinfeld wurde am anderen Morgen aufgefunden und starb kurz nach seiner Entlieferung im hiesigen Krankenhaus. Der Angeklagte, der einen sehr lässigen Eindruck machte, wurde wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode und zu lebenslänglichem Ehrverlust verurteilt.

Bielefeld, 13. Okt. In der Provinz Pommern ist eine Einigung zwischen Organisationen der Kartoffelerzeuger und Verbraucher zustande gekommen. Von amtlicher Seite wird auf diese Einigung als empfehlenswert hingewiesen. Es wurde vereinbart, daß der Erzeugerpreis von 25 M im freien Verkehr nicht überstiegen werden soll. Die Lieferungsverträge bleiben weiterhin in Kraft. Für Pommern erachteten die Vertreter der Verbraucher einen Richtpreis von 15 bis 20 M als angemessen. Die landwirtschaftlichen Vertreter bezeichnen aber eine allgemeine Regelung dieser Art als gefährlich, erklärten sich aber bereit, an einer Senkung der Preise mitzuwirken. Die Unterbreitung der Kartoffeln soll örtlichen Vereinbarungen überlassen werden. Als zureichend wurde bezeichnet, daß die Kommunalverbände und die Gemeinden selbst diese Verteilung übernehmen.

Bielefeld, 13. Okt. Der Minister für Handel und Gewerbe hat auf Grund des Beschlusses des preussischen Staatsministeriums vom 30. September d. J. der Bergakademie in Clausthal das Recht ver-

liehen, die Würde eines Doktoringenieurs zu erteilen und die gleiche Würde auch ehrenhalber als seltene Auszeichnung an Personen zu verleihen, die sich um die Förderung der berg- und hütten technischen Wissenschaften hervorragende Verdienste erworben haben.

Fisches Panditenstück.

II. Berlin, 15. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Ein schwerer Raubüberfall wurde in einer Villa zu Landwisch verübt. Eine Bande von fünf Männern, die sich als einen Berliner Staatsanwalt, einen Staatsanwaltssekretär und drei Beamte der Sicherheitspolizei ausgaben, führten mit einem Automobil vor eine Villa in Landwisch vor und legten ein gefälschtes Schreiben des Berliner Polizei-Präsidenten vor. Ein Beamter der Sicherheitspolizei war nur zum Schein an diesem Raubüberfall tätig und hatte vorher die Lichtfelder Kriminalpolizei benachrichtigt. Diese hatte dann das Grundstück mit Beamten umstellt und drang in dem Augenblick in die Villa ein, als die Verbrecher mit ihrer Beute das Grundstück verlassen wollten. Bei dem nun folgenden Feuergefecht wurde der Haupttäter, der angebliche Staatsanwalt, Kellner Albert Hermann, durch einen Schuß getötet, ein anderer Verbrecher wurde verletzt, die übrigen verhaftet.

Niederlage der Straßenbahner in Hannover.

Hannover, 13. Okt. Der im Reichsarbeitsministerium am 9. ds. Mts. gefällte Schiedsspruch im hannoverschen Straßenbahnerstreik, ist, wie uns das Oberpräsidium mitteilt, heute abend von beiden Parteien angenommen worden und zwar haben von den Streikenden 1903 für die Annahme und 539 dagegen gestimmt. Damit ist der seit Ende Juli d. Js. währende Streik der hannoverschen Straßenbahner beendet.

Der Streik hat mehr als 10 Wochen gedauert. Der Schiedsspruch bedeutet für die Straßenbahner eine glatte Niederlage. Die Sympathie der ganzen Bevölkerung hatte die Straßenbahndirektion, in keinem Augenblick aber war sie auf Seiten der Straßenbahner.

Ende des Zeitungsstreits.

II. Berlin, 13. Okt. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium fanden heute unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Stöhr und in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Großberliner Zeitungsgewerbes Verhandlungen statt. Diese führten nach langem, außerordentlich schwierigem Verlauf und durch weitgehendes beiderseitiges Entgegenkommen zu einer völligen Einigung. Die getroffenen Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der beteiligten Verbände und Gewerkschaften, die am Donnerstag erfolgen dürfte. Es ist zu erwarten, daß in den von dem Streik betroffenen Betrieben die Arbeit noch am Donnerstag aufgenommen werden wird.

III. Dresden, 13. Okt. Bei den heute nachmittag stattgehabten Verhandlungen machte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden den Vorschlag, die Erledigung der Streitigkeiten einem paritätisch zusammengesetzten Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu übertragen, dessen Spruch für beide Parteien bindend sein soll. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, diesen Vorschlag von sich aus nicht annehmen zu können, sie seien aber bereit, ihn ihren Auftraggebern zur Entscheidung vorzulegen.

IV. Leipzig, 13. Okt. Wie die Abendblätter melden, streifen in 93 Orten des Mansfelder Kreises die Landarbeiter. In einzelnen Orten werden selbst die Notstandsarbeiten, wie Viehfütterung und dergleichen verhindert.

Großfeuer bei Saarbrücken.

Viele französische Autos verbrannt.

Saarbrücken, 14. Okt. Heute früh 6 Uhr brach in der ehemaligen Artillerie-Kaserne in St. Arnould Großfeuer aus, das auf den französischen Automobilpark übersprang und über 100 Automobile sowie große Mengen wertvoller Zubehöre vernichtete. Der Schaden einschließlich des Gebäudeschadens wird auf mehr als 25 bis 30 Millionen Mark geschätzt. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Saarbrücken, 14. Okt. Zu dem Großfeuer in St. Arnould wird noch gemeldet, die Löscharbeiten gestalteten sich sehr schwierig, weil die Wasserzufuhr mangelhaft war. Der Brand blieb fast unmerklich, da dichter Nebel herrschte. Soviel bestimmt feststeht, sind 70 Personenvagen und 2000 Magnets, die auf Lager waren, sowie viele wertvolle Zubehöre dem Brande zum Opfer gefallen. Die gesamte Reparaturwerkstätte ist ein Raub der Flammen geworden. Nur mit Mühe konnte eine größere Anzahl von Fahrzeugen, die sich in der Werkstätte befanden, gerettet werden. Der Brand dauerte bis in die Mittagsstunden. Der Schaden soll sich auf etwa dreißig Millionen Mark belaufen. Das Feuer ist in der Holzereiwerkstätte ausgebrochen.

Wirtschaftsleben.

Devisenturse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	14. Okt.		13. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	2115,35	2119,65	2060,40	2064,60
Brüssel-Antwerpen	411,50	412,50	467,00	468,00
Christiana	936,55	938,45	916,55	923,45
Kopenhagen	949,05	950,95	931,55	933,45
Stockholm	1341,65	1344,35	1311,15	1313,85
Helsingfors	177,80	178,20	179,80	180,20
Jakarta	—	—	265,70	266,80
London	238,00	238,50	238,25	238,75
New York	67,93	68,07	66,93	67,07
Paris	—	—	439,5	440,45
Schweiz	—	—	1078,90	1079,10
Spanien	—	—	966,60	968,50
Wien (alters)	23,47	23,53	23,47	23,53
do. (Deutsch-Österreich abgefl.)	4,22	4,28	24,22	24,28
Prag	83,27 1/2	83,47 1/2	82,85	82,85
Budapest	18,43	18,41	17,93	18,2

Kartoffelnotierung der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats: Stettin, 11. Oktober: Erzeugerpreise je Zentner ab Verladeplatz Speisekartoffeln weiße 27—28 M, rote 27—28 M, gelbe 31 M. Hamburg, 11. Oktober: weiße Speisekartoffeln 30 bis 32 M, rote 28—30 M, gelbe 31—33 M.

Herzlichen Dienst für Notfälle.

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 17. Oktober: San.-Rat Dr. Kolling und Dr. Pape jr.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den Inseratenteil verantwortl.: G. W e j e; beide in Herford

